



Auslaufmodell Asse

Pannenserie zwingt zu Betreiberwechsel bei ASSE II

Die Serie von Pannen, Skandalen und immer neuen Fällen von Vertuschungen rund um das Atommüll-Lager ASSE II nahm einfach kein Ende und zwang die verantwortlichen Politiker zum Handeln. Schneller als gedacht hat sich Bundesumweltminister Gabriel gegen seine Kabinettskollegin Schavan (Bundesforschungsministerium) durchgesetzt und den Betrieb der ASSE vom Helmholtzzentrum (früher GSF) auf das ihm unterstehende Bundesamt für Strahlenschutz (Bfs) übertragen. Doch was bedeutet dieser Betreiberwechsel, was erwarten die im ASSE II-Koordinationskreis zusammengeschlossenen kritischen Gruppen vom Bfs?



Der bisherige Betreiber, das Helmholtzzentrum, hat die Probleme in ASSE II nie in den Griff bekommen und versuchte, sein völlig unausgereiftes „Flutungskonzept“ für eine schnelle Schließung der ASSE mit aller Macht und gegen jede Kritik durchzusetzen. Selbst das Niedersächsische Umweltministerium, das dem Betreiber lange Zeit sehr wohlgesonnen war, distanzierte sich in den letzten Monaten immer mehr auch öffentlich von den Planungen des Helmholtzzentrums.

Das Bundesamt übernimmt ...

Mit dem Betreiberwechsel wird endlich der Realität Rechnung getragen, dass es sich bei ASSE II nicht um ein beliebiges Forschungsprojekt handelt, sondern um ein (End-)Lager für Atommüll, in das von 1967 – 1978 sämtlicher in dieser Zeit angefallene schwach- und mittelradioaktive Abfall verbracht wurde. Formell wird diese Übertragung erst auf einer Kabinettsitzung beschlossen. Trotz mehrfacher Ankündigung wurde dieser

31. Oktober 2008: Eine Woche vor dem geplanten CASTOR-Transport nach Gorleben forderten ROBIN WOOD-Aktive auf dem Förderturm von Asse, dass der dort im Schacht gelagerte Atommüll sofort rückgeholt werden müsse. Denn bereits nach 40 Betriebsjahren droht das Atommüll-Lager einzustürzen und abzusaufen

wichtige Tagesordnungspunkt allerdings immer wieder verschoben.

... und alles wird gut?

Oder zumindest besser. Diesen Eindruck konnte man auf der öffentlichen Veranstaltung des NDR Hörfunks am 10.09.08 in Remlingen gewinnen. Wolfram König, der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, hat sich schnell in seine neue Rolle eingefunden: Er benennt die Probleme, leugnet auch die Fehler nicht, ist verbindlich im Ton und nimmt die Fragen aus dem Publikum ernst. Ob die Hoffnungen, die von einigen Gästen geäußert werden, auch berechtigt sind, wird erst die Zukunft zeigen.

Das BfS ist auch für das im Bau befindliche Endlager Schacht Konrad (Salzgitter) und das bestehende Endlager Morsleben (fünf Kilometer östlich von Helmstedt) zuständig und hat demzufolge entsprechende Erfahrungen auf diesem Gebiet. Aber auch die AtomkraftgegnerInnen haben Erfahrungen mit dem BfS bei diesen Projekten: Hier war und ist es das BfS, das Kritik vom Tisch wischt und den gefahrlosen Umgang mit Atommüll für möglich hält.

Skepsis und Wachsamkeit ist also auch hier angebracht. Die im ASSE II-Koordinationskreis zusammengeschlossenen Gruppen wollen jedenfalls an das BfS dieselben Maßstäbe wie beim Helmholtzzentrum anlegen: Zunächst müssen die Maßnahmen zur Stabilisierung des einsturzgefährdeten Bergwerks zügig umgesetzt werden, so wie es in der kürzlich veröffentlichten Konzeptstudie der Firma CDM, dem sogenannten Jordan-Gutachten, vorgeschlagen wird. Damit soll und wird Zeit gewonnen werden, um einen Optionenvergleich durchzuführen, der seinen Namen auch verdient.

Auf einer der nächsten Sitzungen der ASSE II-Begleitgruppe, in der VertreterInnen aus der Region die Entwicklung um ASSE II kritisch begleiten, wird Wolfram König das Konzept des BfS zum weiteren Vorgehen vorstellen. Der ASSE II-Koordinationskreis fordert, dass ausreichende Mittel für die Ausarbeitung mehrerer Optionen bis hin zur Rückholung

des gesamten Atommülls zur Verfügung gestellt werden. Dieser Prozess muss von der „Arbeitsgruppe Optionenvergleich“, in der auch in Zukunft unabhängige Wissenschaftler mitarbeiten sollen, kritisch begleitet werden. Dieses Gremium muss aus Bundesmitteln finanziert werden und einen entsprechenden neuen Arbeitsauftrag erhalten.

Endlich nach Atomrecht

Die beteiligten Ministerien haben nicht nur den Betreiberwechsel vereinbart, sondern auch angekündigt, bei ASSE II künftig nach Atomrecht zu verfahren. Für Rechtsanwalt Nikolaus Piontek, der Iremla Wrede aus Mönchevahlberg vertritt, ist es aber noch zu früh, um ihre Klage von 2007 gegen das Land Niedersachsen zurück zu ziehen. Die Tischlermeisterin will damit ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren für Asse II erwirken „Bis jetzt ist das nur eine Ankündigung. Rechtswirksam wird der Übergang zum Atomrecht erst, wenn das BfS einen Antrag nach Atomrecht stellt“, so Piontek.

Zur Zeit sind wir in einem „antragslosen Zustand“, so die übereinstimmende Erläuterung von Wolfram König und Stefan Birkner, Staatssekretär im Niedersächsischen Umweltministerium. Das heißt konkret, der alte Antrag des Helmholtzzentrums für die geplante Flutung von ASSE II mit Magnesiumchlorid ist vom Tisch. Das BfS hält ihn allerdings für einen möglichen Notfall weiterhin im Gespräch.

ASSE II im Wahlkampf

CDU/CSU haben sich entschieden, die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke zu ihrem Wahlkampfthema zu machen. SPD, GRÜNE und LINKE werden dagegen halten und dabei das Desaster bei ASSE II als Argument für die Unverantwortbarkeit der Atomenergie nutzen. Das kann den AtomkraftgegnerInnen nur Recht sein: Für sie geht es allerdings nicht um eine Verhinderung der Laufzeitverlängerung, sondern um den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, wie z.B. bei der Demonstration vom 8. November in Gorleben.

Claus Schröder,
Asse-2-Koordinationskreis